

und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist **Einzelplan 10 in der soeben geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir stimmen noch über den Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/6844 ab. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/6844. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die AfD, der fraktionslose Abgeordnete und die SPD. Enthaltungen gibt es keine. Damit ist **Antrag Drucksache 18/6844**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6803 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD spricht als Erstes ihre Abgeordnete Frau Kampmann.

Christina Kampmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab mit Sicherheit schon einfachere Zeiten für Haushaltsberatungen. Das weiß wohl jeder hier, und jeder hier ist sich dieser Herausforderung auch bewusst.

Umso wichtiger ist, dass die Landesregierung klare Prioritäten setzt und deutlich macht, was in diesen von Krieg und Konflikten geprägten, in diesen unsicheren Zeiten wichtig ist und was nicht.

Schaut man sich den Einzelplan 03 an, wird deutlich, dass innere Sicherheit das ganz offensichtlich nicht ist. Das ist ein Problem. Schaut man sich nämlich die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik an, wird deutlich, dass diese in fast allen Bereichen steigen. Körperverletzung: Anstieg um 24 %. Raub: plus 37 %. Im Bereich „häusliche Gewalt“ steigen die Zahlen seit sechs Jahren. Clankriminalität: über 20 %. Sprengung von Geldautomaten: wieder steigend, nachdem diese Zahl schon mal rückläufig war. Bei der Messergewalt gab es im letzten Jahr über 3.000 Fälle. In diesem Jahr hatten wir allein im ersten Halbjahr über 4.000 Fälle von Messergewalt.

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, dass es ein Problem ist, wenn die Kriminalität überall in Nordrhein-West-

falen steigt und gleichzeitig der Anteil des Innenressorts am Gesamthaushalt von 7,4 % auf 6,9 % sinkt. Das ist ein Problem, liebe Landesregierung, und das werden wir als SPD ganz bestimmt nicht mitmachen.

(Beifall von der SPD)

Herr Reul, Sie gucken schon. Sie werden gleich wahrscheinlich sagen: Aber wir haben doch insgesamt einen Aufwuchs, und man kann nicht alles mit Geld lösen. – Das ist richtig, das stimmt, Herr Reul. In einer Zeit, in der wir sehen müssen, dass die Kripo ausblutet, Sie versuchen, Fachkräfteprobleme bei der Feuerwehr mit längeren Arbeitszeiten zu lösen, und das Thema „Mehrarbeit“ an diesem Jahresende so an seine Grenze kommt, dass das Versprechen, das Sie mal gegeben haben, dass keine Mehrarbeitsstunde verfällt, offensichtlich nicht eingehalten werden kann, ist es ein faktisches Problem, wenn im Einzelplan 03 gekürzt wird und Sie gleich versuchen werden, das auch noch schönzureden.

(Beifall von der SPD)

Schaut man sich den Einzelplan an, bekommt man das Gefühl, dass alles dieser einen Zahl, der Einstellung von 3.000 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtlern untergeordnet ist. Der geringe Aufwuchs, den wir dort zu verzeichnen haben, ist vor allem durch die Personalkosten für Einstellungsermächtigungen bedingt. Das ist typisch für diese Landesregierung und gerade für Sie, Herr Reul.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie suchen sich ein Prestigeprojekt aus und versuchen dann, es frei nach dem Motto „wenigstens das Marketing stimmt“ umzusetzen,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Super Analyse! Passt immer!)

ohne das, was dahintersteht und zum Erfolg führen würde, durchzuführen.

Ich sage ganz klar, dass es natürlich gut ist, dass wir es geschafft haben, die 3.000 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter zu gewinnen. Das beste Prestigeprojekt zählt aber nichts, wenn die Rahmenbedingungen dahinter nicht stimmen.

Über die fehlenden Kapazitäten in der Ausbildung haben wir im Ausschuss schon genügend gesprochen. Sie haben einfach gesagt, es sei okay, wenn die Leute mal auf dem Boden sitzen müssten. Wenigstens Ihre Zahlen stimmen! Wir sagen Ihnen aber in aller Deutlichkeit, dass Ihnen das über längere Zeit um die Ohren fliegen wird. Ein Beruf wird nämlich nicht dadurch attraktiver, dass die Rahmenbedingungen seiner Ausbildung nicht stimmen. So etwas spricht sich schnell herum. Allein mit Kreativität, wie Sie immer sagen, werden Sie dieses Problem ganz sicher nicht lösen.

(Beifall von der SPD)

Machen Sie sich ehrlich und passen Sie diese Kapazitäten an, auch wenn es Geld kostet. Am Ende hilft es nämlich niemandem, wenn die Abbrecherquoten wieder hochgehen oder wir Abstriche bei der Qualität der Ausbildung machen müssen. Wir als SPD werden nicht akzeptieren, dass bei der Polizei der Rotstift angesetzt wird. Das geht nämlich auf Kosten der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen, und das werden wir als SPD ganz bestimmt nicht mitmachen.

(Beifall von der SPD)

Das gilt auch für die Ausstattung der Polizei insgesamt. Herr Reul, noch zu Beginn der Legislatur haben Sie gesagt, dass Digitalisierung eines der Schwerpunktthemen der nächsten Jahre sein wird. Dass jetzt ausgerechnet bei der IT-Ausstattung und bei der Digitalisierung insgesamt gekürzt wird, verdeutlicht die Halbwertszeit Ihrer Aussagen bei diesem Thema.

Auf die Beschaffung von Software zur Erkennung von Kinderpornografie im Netz warten Ermittler zum Beispiel schon seit Monaten. Es ist ganz sicher ein schlechtes Signal, wenn Sie ausgerechnet in diesem Bereich kürzen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als SPD hatten wir in der vergangenen Woche eine Veranstaltung zum Brand-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Dort wurde deutlich: Wenn wir auch weiterhin auf die zählen wollen, die in Nordrhein-Westfalen für unsere Sicherheit im Einsatz sind, dann braucht es eine massive finanzielle Unterstützung. Dann braucht es eine Investitionsoffensive, die deutlich macht, dass uns der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz mit seinem hohen Anteil an Ehrenamtlichen wirklich wichtig ist. Dieser große Wurf fehlt in diesem Einzelplan eindeutig. Auch das sehen wir als Problem an.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Lieber Herr Reul, im Ausschuss haben Sie gesagt, Sie würden den Kurs zur Stärkung der inneren Sicherheit fortsetzen. Wir alle wissen, dass es niemand so gut versteht wie Sie, große Reden zu schwingen, ohne dass realitätsverändernde Maßnahmen dazu führen werden, dass Ihre Worte jemals Wirklichkeit werden.

(Christina Schulze Föcking [CDU]: Das ist echt unverschämt!)

Diese Reul'sche Diskrepanz mag man Ihnen an anderen Stellen abnehmen. Beim Haushalt sind die Zahlen allerdings so entlarvend, dass davon ganz bestimmt keine Rede mehr sein kann. Selbstverständlich lehnen wir einen Haushalt ab, der so deutlich macht, dass innere Sicherheit für diese Landesregierung keine Relevanz hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Gregor Golland [CDU] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Unruhe)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun der Kollege Katzidis das Wort. Wir freuen uns schon.

(Dr. Christos Katzidis [CDU]: Du weißt doch noch gar nicht, was kommt! Schauen wir mal, ob das so bleibt!)

Dr. Christos Katzidis (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Christina, man muss sich nur mal die Umfragewerte von dem nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Reul und der Bundesinnenministerin Nancy Faeser anschauen, dann weiß man genau, wer eine gute Arbeit macht und wer keine gute Arbeit macht.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD – Lachen von Marc Lürbke [FDP] – Lachen und Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Mit 7,1 Milliarden Euro ist der Haushalt für das Innenministerium im kommenden Jahr der historisch größte Haushalt. Er steigt allerdings nicht in dem Maße, wie wir uns das auch selber gewünscht haben, denn wir haben Sparzwänge; das wurde gerade dargestellt. Es ist auch wichtig, dass wir sparen, da wir in der Landesregierung eine klare Priorität auf den Bereich „Kinder, Bildung, Jugend und Familie“ gesetzt haben und alle das auch einvernehmlich so mittragen.

Trotzdem genießt die innere Sicherheit entgegen der Darstellung von vorhin weiterhin Priorität. An verschiedenen Dingen wird das auch deutlich. Siebenmal in Folge steigt der Haushalt, auch wenn es nicht viel ist, und darüber hinaus der Etat für die Polizei an sich, der mit etwas mehr als 4 Milliarden Euro den mehr als 50%igen Anteil am Haushalt für das Innenministerium ausmacht.

Nur mal zum Vergleich: Im Jahr 2016 lag der Ansatz für unsere Polizei bei 3 Milliarden Euro. Das ist seitdem eine Steigerung um 30 %. Alle Bereiche werden auch im kommenden Jahr weiterhin gestärkt.

Stichwort „Personal“: Im Jahr 2017 hatte die Polizei NRW insgesamt 52.411 Stellen bzw. Planstellen. Im Jahr 2024 wird die Polizei NRW insgesamt 61.800 Stellen bzw. Planstellen haben. Das bedeutet eine Steigerung um 9.389 Stellen oder knapp 18 %. Kein anderes Bundesland hat bei der Polizei mehr in Personal investiert als wir in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Thorsten Klute [SPD]: Na ja!)

Du hast die 3.000 Stellen angesprochen, die wir auch alle voll bekommen haben. Wir haben jetzt – das ist

eigentlich das Entscheidende – seit 2017 jährlich einen Nettozuwachs bei den Ernennungen. Wir haben mehr Einstellungen als Abgänge. Im Jahr 2024 werden wir ca. 1.650 und im Jahr 2025 ungefähr 1.550 Abgänge haben. Das heißt, trotz der hohen Abbrecherquoten wird es bei den Polizistinnen und Polizisten ein Nettozuwachs geben. Der Personalkörper wächst weiter.

Stichwort „Sanierung von Gebäuden“: 2,3 Milliarden Euro haben wir in den vergangenen Jahren in die Sanierung und Modernisierung der Liegenschaften bei unserer Polizei investiert. Vor der 17. Legislaturperiode hat unsere Polizei von solchen Investitionssummen nur geträumt. Das waren damals Weihnachtswünsche, die sich aber mittlerweile erfüllt haben.

Auch wenn wir im kommenden Jahr zusätzlich keine weiteren Verpflichtungsermächtigungen und Investitionen ausgeben werden, wird trotzdem weiter saniert und modernisiert, denn das zur Verfügung stehende Geld ist noch lange nicht verbaut.

Stichwort „Technik“: Flächendeckend Smartphones, Bodycams, Taser und andere Schutzausstattung wie beispielsweise ballistische Helme für unsere Spezialeinheiten – unsere Polizei kommt langsam aber sicher im Zeitalter der modernen Technik an. Der Jäger-Notizblock ist aus den Streifenwagen verbannt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Stichwort „IT-Ausstattung“: Wir haben das virtuelle Großraumbüro bei unserer Polizei eingeführt. Alle Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen können mittlerweile gemeinsam online an einem Vorgang arbeiten. Das hat es auch früher nicht gegeben.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Wir investieren auch weiterhin in moderne Technologien wie beispielsweise unseren Robocop, der schon das eine oder andere an Aufmerksamkeit gebracht hat.

(Marc Lürbke [FDP]: Alles schon unter Schwarz-Gelb gemacht! – Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

– Ja, das stimmt. Da bin ich bei euch. Wir werden aber auch weiter in den Bereich der modernen Technologie, die IT-Ausstattung und die angesprochene Digitalisierung investieren.

(Thorsten Klute [SPD]: Das ist die Rede von vor fünfeinhalb Jahren!)

Auch im kommenden Jahr werden 235 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Beim Digitalfunk hätten wir im kommenden Jahr gerne mehr investiert, was aber nicht möglich ist, weil der Bund das Netz nicht zeitnah modernisiert.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Ja klar!)

Die Bundesinnenministerin glänzt durch flotte Sprüche, aber nicht durch Taten. Im Übrigen passen die flotten Sprüche auch selten zu den Taten der Bundesinnenministerin.

Das Digitalfunknetz von Polizei, Feuerwehr und weiteren Einsatzkräften hat bundesweit 1,2 Millionen Teilnehmer. Für den Erhalt und Ausbau des Netzes fehlt der zuständigen Bundesanstalt für 2024 ein mehrstelliger Millionenbetrag. 284 Millionen Euro hat der Bund für diesen Bereich vorgesehen. Der Anteil des Bundes müsste aber laut Bund-Länder-Ausgleich 415 Millionen Euro betragen.

Wenn der Bund seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, führt das unweigerlich zum Shutdown. So sieht es nämlich aus: Im Bund wird maßgeblich gespart und nicht in Nordrhein-Westfalen. Das sollten Sie vielleicht auch mal erwähnen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Genau das unterscheidet uns vom Bund: Wir handeln; wir stärken auch weiterhin die innere Sicherheit; wir stehen hinter denjenigen, die sich täglich mit ihrem Leben, mit ihrer Gesundheit für unseren Staat, für unsere Demokratie einsetzen. Und das ist auch gut so. Es spielt auch keine Rolle, ob das Polizisten, kommunale Vollzugskräfte, Rettungskräfte, Feuerwehrangehörige oder Angehörige von Hilfsorganisationen sind.

Damit kommen wir zu dem nicht minder wichtigen Bereich des Katastrophenschutzes und der Feuerwehr. Mit dem Entwurf für den Haushalt 2024 setzen wir auch die Stärkung des Katastrophenschutzes und der Feuerwehr fort. Es gibt fünf neue Stellen beim Institut der Feuerwehr. Im Jahr 2017 umfasste der Stellenplan 137 Stellen, im kommenden Jahr werden es insgesamt 195 Stellen sein. Außerdem wird beim IdF weiter investiert, saniert und modernisiert: 15 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr, insgesamt circa 63 Millionen Euro. Außerdem ist im kommenden Jahr die Anschaffung von neuen Feuerlöschbooten und Fahrzeugen vorgesehen. Auch da wird weiterhin etwas getan.

Die Landestelle Katastrophenschutz und die Novellierung des BHKG sind weitere Punkte, die im nächsten Jahr auf der Agenda stehen. Zum Vergleich, Frau Kollegin Kampmann: Der Bund will 90 Millionen Euro beim Katastrophenschutz streichen. Wieder macht der Bund nichts. Er kürzt, wir kürzen nicht. Das sind die Fakten. Beim Bund wird eingespart, beim Bund wird die innere Sicherheit vor die Wand gefahren, aber nicht in Nordrhein-Westfalen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Thorsten Klute [SPD]: Tosender Applaus! – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– Es ist schon spät, Kollege Lürbke.

Wir in Nordrhein-Westfalen gucken aber auch auf die anderen Bereiche und nicht nur auf die innere Sicherheit. Auch die Bezirksregierungen, die eine wichtige und unverzichtbare Arbeit leisten, stärken wir im kommenden Jahr weiterhin: 66 neue Planstellen und Stellen sind in dem Entwurf für den Haushalt 2024 im Einzelplan 03 vorgesehen, unter anderem in den Bereichen „Schule“ und „Luftsicherheit“. Also auch da tun wir etwas.

Wir werden auch im kommenden Jahr trotz der Sparzwänge die richtigen Prioritäten setzen. Die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen genießt auch weiterhin Priorität trotz der angespannten Haushaltslage. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den Kurs, so wie wir ihn bisher in Nordrhein-Westfalen seit 2017 erleben, nicht nur im Jahr 2024, sondern auch darüber hinaus genauso weiterführen. Denn es handelt sich um ein Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, und wir stehen dazu.

Ich darf mich an dieser Stelle ganz herzlich für die Aufmerksamkeit bedanken und Ihnen einen schönen Restabend wünschen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Katzidis. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider muss man auch nach diesen Ausführungen konstatieren: Schwarz-Grün ist kein Gewinn für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Dieser Haushaltsentwurf wird den wahnsinnig großen Herausforderungen durch Kriminalität und Extremismus in Nordrhein-Westfalen leider überhaupt nicht gerecht.

Lieber Christos Katzidis, du hast gerade die großen Erfolge von Schwarz-Gelb hervorgehoben.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Das fand er gut!)

Während das Thema „Sicherheit“ unter Schwarz-Gelb noch wirklich Priorität war, ist das jetzt erkennbar nicht mehr der Fall. Vielmehr leidet der Rechtsstaat, leidet die Rechtsstaatlichkeit zusehends unter Schwarz-Grün.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Schauen wir uns den Haushalt mal genauer an. Die aktuelle Sicherheitslage in unserem Land, der zunehmende Extremismus, der Antisemitismus, die

Terrorgefahr, die gestiegenen Fallzahlen in der Kriminalität, die zunehmende Radikalisierung durch Nahost, die Folgen des Ukraine-Kriegs, zunehmende Cyberangriffe, zunehmende Übergriffe auf Einsatzkräfte, auf Polizei, Feuerwehr, Rettungskräfte, die Verrohung unserer Gesellschaft, die Clankriminalität, die organisierte Kriminalität, florierender Drogenhandel und, und, und – all das wird in diesem Haushalt nahezu ausgeblendet.

Das ist doch eigentlich eine leicht verständliche Rechnung, Herr Minister, das ist keine Raketenwissenschaft. Wenn die Herausforderungen an den Rechtsstaat immer größer werden, dann reicht es auch nicht aus, das Niveau zu halten und sich dafür gegenseitig auf die schwarz-grünen Schultern zu klopfen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie müssen aktiv gegensteuern. Das fällt aber nicht vom Himmel, sondern das müssen Sie im Haushalt verankern. Ich gebe Ihnen auch mal ein Beispiel: Der Verfassungsschutz steht, wie wir alle wissen, hier in Nordrhein-Westfalen vor sehr großen Herausforderungen. Allein die Zahlen der politisch motivierten Kriminalität und des Extremismus gehen weiter durch die Decke, und da müssen Sie doch unsere Verfassungsschützer stärken, statt diese zu schwächen.

Aber was machen sie? Sie kürzen. Sie haben sich das als Sparmaßnahme herausgesucht. Beim Verfassungsschutz wird um eine Million Euro von 16,5 auf 15,5 Millionen Euro zum – Zitat – Ausgleich des Landeshaushalts gekürzt. Ich sage Ihnen: So wird das nicht funktionieren. Unsere Verfassungsschützer sind jetzt schon längst am Rande der Belastbarkeit, und ich finde es unverantwortlich, diesen Schritt genau in solch einer Zeit durchzuführen.

(Beifall von der FDP)

Es ist gerade bei den Ausführungen von Christos Katzidis deutlich geworden, dass es einen Unterschied macht, ob eine FDP hier mitregiert oder eben nicht.

(Dr. Julia Höller [GRÜNE]: Ja, das macht einen Unterschied!)

Herr Minister, man muss festhalten, dass Ihnen offenbar am Kabinetttisch die Durchsetzungskraft fehlt. Wir als Schwarz-Gelb hatten eine gemeinsame Priorität, die Grünen haben aber andere Prioritäten, und diese liegen ganz sicher nicht bei der Sicherheit. Und dann wird halt bei der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen gekürzt. Das ist ein Riesenfehler.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den GRÜNEN: Kinder sind uns wichtiger!)

Wir hätten Sie als CDU getrieben, wir hätten konsequente Rückendeckung für den Rechtsstaat eingefordert. Das kann man an so vielen Beispielen fest-

machen. Man muss sich ja nur Ihre Bilanz des letzten Jahres anschauen. Diese spricht Bände. Wo fange ich an, wo höre ich auf? Ich nehme mal Ihre Blockadehaltung beim Thema „DEIG“, beim Thema „Taser“. Das ist doch nur noch zum Kopfschütteln. Weiterhin fehlt das Ausrollen auf alle Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen.

Ich frage mich wirklich, wie ein CDU-Innenminister es zulässt, dass ein Teil unserer Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen deutlich schlechter ausgestattet ist als andere, dass zum Beispiel Beamte in Bielefeld, die keinen Taser zur Verfügung haben, häufiger zur Schusswaffe greifen müssen als vielleicht die Kollegen im benachbarten Paderborn. Die Gewerkschaften, die Beamten laufen Sturm, und zwar zu Recht.

Hinzu kommt, dass die Zahl der Übergriffe auf unsere Polizeibeamtinnen und -beamten weiter ständig steigt. Das sind Ihre eigenen Zahlen; Sie sagen, drei Viertel der Übergriffe könnten allein durch die Androhung des Tasers verhindert werden. Aber Sie geben den Beamtinnen und Beamten dieses Einsatzmittel trotzdem nicht. Jetzt hat man endlich mal ein Mittel, das Übergriffe verhindern kann, und dann geben sie den Beamten dieses Mittel nicht an die Hand. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall von der FDP)

Das setzt sich dann bei dem Thema „Personal“ so fort. Ja, Sie erhöhen richtigerweise die Zahl der Kommisaranwärter, aber ohne mehr Kapazitäten in der Ausbildung und bei den Lehrenden zu schaffen. Das kann ja so nicht funktionieren – mit teils haarsträubenden Folgen wie in Bielefeld, wo man plötzlich feststellt, dass so viele Anwärter wegen Brandschutz gar nicht in einen Schulungsraum dürfen und können somit vor Ort an der Ausbildung nicht teilnehmen. Das ist leider alles viel zu kurz gedacht.

Wo ist denn die Anerkennung, wo ist die Zulage für unsere Tutoren in der Polizeiausbildung? Das fordern wir seit Jahren! Weiter Fehlanzeige. Wo sind überhaupt die Räume für die zusätzlichen Beamten? Wie geht es überhaupt bei dem Thema „Räume“ und den hochgradig sanierungsbedürftigen Liegenschaften der Polizei weiter? All das ist schwarz-grüner Stillstand, das hat mit Respekt vor unseren Einsatzkräften ganz wenig zu tun.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Apropos fehlender Respekt: Bei dem Thema kann ich bleiben. Den konnten Sie heute vor dem Landtag sehen, als die Feuerwehrleute ihren Unmut über Schwarz-Grün Luft gemacht haben.

Ich bin fest davon überzeugt: Schwarz-Grün, Sie sollten unseren Einsatzkräften den Rücken stärken, anstatt ihnen in den Rücken zu fallen. Die Altersgrenze zu erhöhen ist respektlos, sie ist fachlich nicht begründet. Unsere Feuerwehrleute erbringen Leistun-

gen am Limit. Diese Gängelung, die Sie da vorhaben, braucht keiner. Für uns als FDP ist klar: Hände weg von dieser geplanten Erhöhung der Altersgrenze!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich kann direkt bei der Altersgrenze bleiben. Auch da Stillstand in Nordrhein-Westfalen: Sie haben sich als Minister über ein Jahr lang unbesetzte Polizeipräsidentenstellen hier in Nordrhein-Westfalen geleistet. Ich kann nur sagen: Was ein Rumgeeiere, anstatt das zügig nachzubesetzen. Die Gewerkschaften, die Beamten vor Ort haben Sie monatelang fast angebettelt, endlich mal eine Entscheidung zu treffen, aber Sie kommen weiterhin nicht in die Puschen.

Da kann ich Sie nur fragen, Herr Minister: Was ist denn eigentlich los? Warum sind Sie so zögerlich? So kenne ich Sie eigentlich gar nicht.

Ein weiteres Beispiel: Tragepflicht für Bodycams. Sie geben den Polizeibeamten die Bodycams, aber keine genaue Anweisung, wann diese eigentlich wie und wann anzuschalten sind, womöglich, um sich nicht selbst angreifbar machen zu wollen. Auch das ist abenteuerlich. Man kann doch nicht sagen: Hier habt ihr die Kameras, ich sage euch aber nicht, wie die einzuschalten sind, ich sage euch nur: Macht es bloß bitte nicht falsch! – Das hat mit Rückhalt wenig zu tun. Unsere Polizeibeamten brauchen aber diesen Rückhalt, und den müssen Sie leider bei Schwarz-Grün mittlerweile mit der Lupe suchen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nächstes Thema: Clankriminalität. Anstatt über die besten und wirksamsten Maßnahmen gegen kriminelle Familienclans zu streiten, streitet diese Koalition lieber über den Begriff. Ich sage Ihnen aber: Clankriminalität löst man nicht mit Stuhlkreisen, sondern mit hohem Verfolgungsdruck und Vermögensabschöpfung.

(Beifall von der FDP)

Die Grünen, das ist ja bekannt, wollen das polizeiliche Lagebild dazu gar abschaffen. Herr Minister, ich habe es schon einmal gesagt: Sonst haben Sie in einer Presseerklärung lautstark Ihre Maßnahmen gegen Clankriminalität erklärt. Dieses Mal haben Sie das so klammheimlich per E-Mail an alle Journalisten verschickt. Das ist, ehrlich gesagt, auch kein klares Signal des Rückhalts an unsere Einsatzkräfte im Kampf gegen Clankriminalität. Das müsste anders aussehen.

Ich habe gerade das Thema „Vermögensabschöpfung“ angesprochen. Im Jahr 2022 waren es nur 2,4 Millionen Euro bei 24 Delikten. Das ist so weit weg von dem, was eigentlich nötig ist. Ich muss Ihnen leider sagen: Die Clans lachen sich bei der Untätigkeit

der Landesregierung in dieser Frage leider nur noch ins Fäustchen.

Diese Liste, die man aufführen kann, ist lang. Ich meine, Sie haben eben geschmunzelt, als ich gesagt habe: Schwarz-Grün ist kein Gewinn für die innere Sicherheit.

Thema „Klimakleber“ oder das Thema „radikale Gruppen“.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Gibt es irgendwelche Belege für Ihre Thesen in Ihrer Rede?)

Störer, die bewusst Straftaten begehen, sollten auch bei den Einsatzkosten der Polizei zur Kasse gebeten werden. Wir sind ganz klar: Pattex ist keine Meinung, und Moral kann nicht über dem Gesetz stehen.

(Beifall von der FDP)

Aber diese Landesregierung eiert in dieser Frage nur herum, streitet offen in der Koalition, und am Ende steht jetzt eine Lösung, die noch nicht einmal rechtsicher ist. Bis heute ist keine einzige Rechnung geschrieben. Da kann man ja nur sagen: Herzlichen Glückwunsch, NRW! Was ein fatales Signal für den Rechtsstaat.

Nächstes Thema: Geldautomatensprengungen in NRW. Nicht nur die Automaten, sondern auch die Zahlen explodieren weiter. Die Landesregierung hat kein Mittel dagegen.

Dann: Messergewalt in Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen steigen und steigen. Herr Minister, was ist denn mit der breiten Präventionskampagne, über die wir gesprochen haben? Mit der Kampagne in Schulen und Sportvereinen? Tausend Mal gefordert, nichts ist bislang passiert.

Was ist mit einer schnellen und spürbaren Strafverfolgung? Was ist mit beschleunigten Verfahren? All das wäre wirksam, aber die Umsetzung dazu ist in Nordrhein-Westfalen leider Mangelware.

So zieht sich diese Dokumentation des Stillstands wie ein schwarz-grüner Faden leider mittlerweile durch die Innenpolitik, die Sie hier zu verantworten haben. Das reicht nicht, Herr Innenminister Reul. Das muss ich Ihnen leider sagen. Dieser Haushalt setzt ein falsches Zeichen, insbesondere in dieser aktuellen Krisensituation. Denn unsere Demokratie und unsere Gesellschaft brauchen mehr denn je Sicherheit und den besten Schutz. Und die, die ihn schützen, brauchen Unterstützung, brauchen weiterhin Verstärkung und vor allem verlässlichen Rückhalt.

Dieser unzureichende Haushalt ist deswegen leider eine große verspasste Chance. Wir können ihn daher leider nur ablehnen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Dr. Höller.

Dr. Julia Höller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ja, wir haben in der Tat gegrint, Marc, weil wir, glaube ich, als Koalition auch gerade nach der Rede gemerkt haben, dass wir auf dem richtigen Weg sind, weil wir Politik mit Substanz machen und hier nicht nur irgendwelche leeren Worthülsen aneinanderreihen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Was bedeutet denn, Innenpolitik in einer Zeit sich überlagernder Krisen zu machen? In einer Zeitenwende? In einer Zeit, in der die großen Bedrohungen nicht nur von außen kommen, sondern unsere Demokratie von innen heraus bedroht wird? Was bedeutet es in Zeiten, in denen auch in NRW der in unserer Gesellschaft tief verankerte Antisemitismus seit dem Terroranschlag der Hamas weiter wächst und gleichzeitig antimuslimischer Rassismus durch rechte Ressentiments bewusst geschürt wird, in Zeiten, in denen so viele Menschen aufgrund der allgemeinen weltpolitischen Lage eine große Verunsicherung spüren?

Politik in diesen Zeiten geht mit einer besonderen Verantwortung einher. Genau dieser Verantwortung werden wir mit dem Haushaltsplan gerecht, denn wir investieren hier in Sicherheit.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir handeln dort, wo es notwendig ist. Da unterstützen wir die jüdischen Gemeinden mit 1,5 Millionen Euro für weitere Sicherheitsmaßnahmen. Auch wenn es unerträglich ist, dass das notwendig ist, bin ich dankbar, dass wir als demokratische Fraktion hier zusammenstehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sicherheit in einer Zeit der allgemeinen Verunsicherung bedeutet auch – und das war selten wichtiger als jetzt –, unsere Freiheitsrechte zu schützen. Das gilt übrigens auch, weil wir eine Partei vermissen, die früher für diese Freiheitsrechte eingestanden hat.

Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, auf gesellschaftliche Probleme mit innenpolitischer Repression zu antworten. Antisemitismus, Islamismus und Rassismus in unserer Gesellschaft lösen wir nicht über die Sicherheitsbehörden; die lösen wir über Gesellschaftspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Was ist unsere Verantwortung in dieser Zeit als Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker? Unsere Verantwortung ist es, uns sachlich und faktenbasiert mit der inneren Sicherheit für NRW auseinanderzusetzen, die Strukturen da zu stärken, wo es notwendig ist, den Menschen zu zeigen, dass wir ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen, ihnen zu zeigen, dass wir in NRW gut aufgestellt sind und der Staat alles ihm Mögliche tut, um NRW zu einem sicheren Ort zu machen.

Nicht klug ist es, diese Verunsicherung immer wieder durch emotional aufgeheizte alarmistische Debatten zu verstärken: eine Opposition, die von Messerattacken oder einer ausblutenden Kriminalpolizei spricht, eine Opposition, die die Sicherheitslage in NRW immer wieder entgegen aller Daten und Fakten als bedroht bezeichnet, die versucht, sich gegenseitig rechts zu überholen und dabei ihren Bezug zu Bürgerinnen und Bürgern und den Bürgerrechten schon lange verloren hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Widerspruch von Elisabeth Müller-Witt [SPD])

Das Schüren von Ängsten der Bevölkerung, das Spielen mit dem Sicherheitsgefühl der Menschen in NRW wird der Verantwortung von Politik gerade in Zeiten großer Verunsicherung nicht gerecht. NRW ist ein sicheres Land; etwas anderes zu behaupten, hilft niemandem weiter und stärkt nur die Abgeordneten, die hier ganz rechts sitzen. Es ist unsere Aufgabe, durch angemessene Worte und vor allem durch Taten für Sicherheit zu sorgen, und das machen wir mit diesem Haushalt.

Sicherheit in Zeiten der Verunsicherung: Das bedeutet vorneweg Investitionen in die Polizei NRW. Die Polizei in NRW ist gut ausgebildet und auch im Ländervergleich gut aufgestellt. In diesem Jahr haben wir 3.000 Kommissaranwärter und -anwärterinnen eingestellt. Nein, das ist nicht nur eine Zahl, sondern es ist eine ganz relevante Veränderung für die Polizei. Ich freue mich, dass sich so viele junge Menschen für diesen Beruf entschieden haben und unsere bürgerorientierte, rechtsstaatliche, professionelle Polizei unterstützen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch in diesem Haushalt führen wir die 3.000 Einstellungsermächtigungen fort und richten mehr als 1.000 Planstellen zur Übernahme ein. Damit die Qualität der Ausbildung auf weiterhin hohem Niveau bleibt, erhöhen wir den Ansatz der HSPV für die Bezahlung von nebenamtlichen Lehrbeauftragten. Damit stellen wir sicher, dass diverse und praxisnahe Inhalte in die Ausbildung einfließen, denn wir wollen die besten Lehrkräfte für die Ausbildung unserer Polizistinnen und Polizisten.

Wir wissen alle: Man lernt nie aus; deshalb ist Fortbildung der Schlüssel für eine bestens aufgestellte Polizei. Deswegen haben wir in diesem Jahr die Zahl der jährlichen Fortbildungstage für die Polizei im Wach- und Wechseldienst von fünf auf sieben Tage erhöht. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf die Einsätze mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen und den Umgang der Polizei mit Menschen aus migrantischen Communitys.

Ich habe auch immer wieder gehört: Das ist nervig für die Kreispolizeibehörden vor Ort, weil die Polizeikräfte dann eben nicht auf der Straße sind, sondern am LAFP. Wir haben aber die Verantwortung für die Menschen in der Polizei, für den Eigenschutz, für die Möglichkeit, immer weiter zu lernen und besser zu werden: für sich und für alle Menschen in NRW, die sich auf die Polizei verlassen.

Sicherheit in Zeiten der Verunsicherung bedeutet auch nachhaltige Investitionen in den Katastrophenschutz. Auch hier setzen wir auf eine gute Ausbildung und schaffen für das Institut der Feuerwehr fünf neue Stellen. Wir erhöhen mit unserem Änderungsantrag, dem ihr gleich gerne alle zustimmen dürft, den Ansatz für die Kinder- und Jugendfeuerwehren noch mal um 50.000 Euro. Die 392 Jugendfeuerwehren mit ihren mehr als 22.000 Mitgliedern und 146 Kinderfeuerwehren mit 4.500 Mitgliedern sind unsere Zukunft. Wenn ich und wenn Sie irgendwann alt und tüdelig im Schaukelstuhl vor dem Kamin sitzen, sind es genau diese Kinder und Jugendlichen, die dann als gestandene Feuerwehrleute kommen, wenn wir sie brauchen.

Wir stellen einen hohen zweistelligen Millionenbetrag für die Beschaffung von acht Feuerwehrlöschbooten und 40 Anhängern für die Tauchergruppen der Wasserrettungszüge zur Verfügung. Das ist eine nachhaltige Investition in den Schutz der Menschen in NRW.

Die Zentrale Landestelle Katastrophenschutz wird weiter ausgebaut. Dort bündeln wir Expertise und Know-how, um den Katastrophenschutz in NRW weiterzuentwickeln. Auch hier gilt: Wir sind in NRW gut aufgestellt für den Katastrophenschutz. Wir haben gelernt, und wir lernen immer weiter.

Wer suggeriert, dass das anders ist, darf sich auch gerne mal über den Tellerrand hinaus in anderen Bundesländern umgucken und wird da sehen, dass wir hier in NRW in vielerlei Hinsicht in unseren Strukturen, in unserer finanziellen Ausstattung als Vorbild für andere Bundesländer gelten.

Sicherheit in Zeiten der Verunsicherung heißt auch, Bürgerinnen und Bürgern staatliches Handeln nahezubringen, zu erklären und es nicht als selbstverständlich und unhinterfragbar darzustellen. Ein ganz zentraler Baustein dafür ist der unabhängige Polizeibeauftragte beim Landtag. Diese Stelle werden wir

2024 einsetzen. Wir stellen jetzt die Haushaltsmittel zur Verfügung,

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

damit wir sofort starten können, wenn das Gesetz über den unabhängigen Polizeibeauftragten verabschiedet ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir schaffen über den Einzelplan 01 sieben Stellen neben der Stelle des Beauftragten. So gewährleisten wir, dass der oder die unabhängige Beauftragte die Aufgaben zum Wohle der Polizistinnen und Polizisten und Bürgerinnen und Bürger in NRW wirklich gut umsetzen kann – eine unabhängige Anlaufstelle, an die sich Bürgerinnen und Bürger, Polizistinnen und Polizisten mit ihren Anliegen wenden können.

Wir reden in letzter Zeit ganz viel über eine wehrhafte Demokratie. Mit der Bereitstellung dieser Mittel legen wir den Grundstein dafür, unsere Demokratie noch wehrhafter zu machen, denn das Vertrauen in staatliche Institutionen ist eine Grundvoraussetzung für unsere Demokratie.

Wo Menschen arbeiten, passieren auch Fehler. Deswegen ist diese Stelle kein Misstrauen, das ist keine Kritik. Es ist eine ganz selbstverständliche Feststellung, dass da, wo so viele Menschen arbeiten, einfach Dinge passieren. Was einen freiheitlichen Rechtsstaat ausmacht, ist nicht die Abwesenheit von Fehlern, sondern die Frage, wie damit umgegangen wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Polizei genießt ganz zu Recht ein superhohes Vertrauen mit Umfragewerten von um die 80 % – Werte, von denen wir alle als Politiker*innen nur träumen können. Mit der Stelle der unabhängigen Polizeibeauftragten sorgen wir dafür, dass dieses Vertrauen weiter wächst. Wir Grüne haben seit Jahren für dieses wichtige Projekt gekämpft, und wir schaffen jetzt hiermit die Basis. Noch mehr freue ich mich, wenn wir das fraktionsübergreifend tun; ich fände, das wäre ein ganz tolles Zeichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch einmal ganz grundsätzlich zum Schluss: Nichts ist in diesen Zeiten perfekt. Nichts ist so, wie wir es in einer perfekten Welt mit unendlichen Mitteln visionär beschreiben würden.

(Henning Höne [FDP]: Man muss aber auch nicht so weit weg davon sein!)

Und ja, wir können diskutieren, ob wir die knappen Ressourcen anders hätten einsetzen können, ob wir irgendwo umschichten sollten. Aber dann machen wir das bitte mit konkreten Deckungsvorschlägen und nicht einfach mit Änderungsanträgen, in denen „Erhöhung des Baransatzes“ steht und mit denen wir

den Kuchen einfach größer machen. Das ist keine verantwortungsvolle Politik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie uns dieser Verantwortung in diesen schwierigen Zeiten gemeinsam nachkommen und in die Sicherheit in NRW investieren – in Worten und in Taten. Wir stimmen dem Einzelplan gerne zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Höller. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Wagner.

Markus Wagner* (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Deutschland Ende 2023: Der Staat steht vor der Pleite, die verfassungsfeindlichen Fehler der Politik sind jetzt eine Haushaltsnotlage, Wohnungsnot, Inflation, Migrantenflut, wohin man schaut. Das Land wird vor die Wand gefahren – mit Absicht, aus Unvermögen oder Dummheit. Es ist jedenfalls ein gefährlicher Cocktail, der hier zusammengebraut wird.

Zeitgleich – und das ist unser Thema hier – steigt die Kriminalität. Und gerade heute der nächste spektakuläre Fall, und der ist sinnbildlich für das, was CDU, SPD und FDP mit ihren grünen Geliebten anrichten: Terroranschlag auf Weihnachtsmarkt in Köln geplant. Zwei Islamisten wollten am Freitag in Köln einen Anschlag verüben. Das Mitglied einer Onlinegruppe des Islamischen Staates brachte ein Video. Er rief zum – Zitat – Heiligen Krieg gegen den Westen auf und kündigte den Anschlag an. Der Tatverdächtige ist aus NRW. Er kommt aus Burscheid, er heißt Edris, ist 15, er ist Deutsch-Afghane. Ein 15-Jähriger, der zum Heiligen Krieg gegen uns aufruft!

Die etablierte Politik hat dafür gesorgt, dass er einen deutschen Pass hat, damit er ja nicht abgeschoben werden kann. Sie hat auch dafür gesorgt, dass er die doppelte Staatsbürgerschaft hat. So kann er sich aussuchen, ob er lieber Deutscher oder Afghane ist – ganz, wie es gerade passt.

Meine Damen und Herren, damit muss Schluss sein. Mit uns wird damit Schluss sein!

(Beifall von der AfD)

Wie sehr diese Politik der kompletten Unvernunft, ja, des totalen Irrsinns uns mittlerweile bedroht, das können wir nicht nur anhand dieser medienwirksamen Fälle erkennen. Wir alle merken es täglich auf den Straßen und Plätzen unserer Innenstädte. Viele fühlen sich kaum mehr heimisch. Weihnachtsmärkte sind mit Pollern gesichert, Supermärkte benötigen Sicherheitsdienste. Das ist das angeblich beste

Deutschland aller Zeiten. Es ist eine Schande, was Sie mit unserem Land machen.

(Beifall von der AfD)

Und die Kriminalität? Sie steigt und steigt. Sie steigt so sehr wie schon ewig nicht mehr: um knapp 14 % allein im letzten Jahr. Das ist höher als die Inflationsrate, die CDU und SPD angerichtet haben. Alleine 20 % mehr Clan-Kriminelle, 37 % mehr Raubdelikte, die innere Sicherheit fährt vor die Wand wie unser Land.

Und der Innenminister? Der ist immer häufiger überrascht. Ganz baff war er, als im Juni 500 Clan-Verbrecher, Syrer und Libanesen, in Essen aufeinander einschlugen. Wer denn diese Syrer seien, das wisse er nicht genau.

Als ich in den letzten Jahren wieder und wieder davor warnte, wir bekämen neben den alten türkisch-libanesischen Clan-Verbrechern jetzt eine neue kriminelle Konkurrenz von Syrern und Irakern, da hieß es: Rechtspopulist, Rassist, Schwurbler.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Ja, wo die Leute recht haben, haben sie recht!)

Nun sehen wir, wer die Schwurbler sind. Es sind die Dauerschwurbler der alten Parteien, die dieses Land vor die Hunde gehen lassen und jeden, der sie aufhalten will, als Nazi beschimpfen.

(Beifall von der AfD)

Was haben Sie uns nicht alles erzählt! Sie erzählten uns, es komme keine Inflation. Wer das sage, sei ein rechter Panikmacher.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Sie sind doch der größte Panikmacher!)

Wir alle können nun beim Einkauf sehen, wer recht hat.

Sie erzählten uns, die Impfung schütze vor Ansteckung. Wer etwas anderes, also die Wahrheit, sagte, war ein gefährlicher Staatsfeind, der seine Oma umbringen will. Hendrik Wüst wollte sogar, wie er sagte, die Ungeimpften deswegen mit einer Impfpflicht bestrafen. Aber glauben Sie ja nicht, dass er jetzt, wo es jeder weiß, um Entschuldigung bittet. Nichts! Er macht einfach weiter und hofft darauf, dass ihm ARD, ZDF und „Rheinische Post“ beim Vergessen helfen. Aber wir vergessen nicht.

(Zurufe)

Sie erzählten uns, die Flüchtlinge seien Frauen, Kinder und Ingenieure, die unsere Renten sichern. Ein Blick in die Bürgergeldstatistik offenbart: Auch das war gelogen.

Sie erzählten uns, ein wachsender, importierter Antisemitismus sei doch gar nicht wahr, und nein, es gebe auch keine Islamisierung, nur die böse AfD

sage das. Jetzt schreien Tausende in Essen, sie werden aus Deutschland ein Kalifat machen.

Sie erzählten uns, die Kriminalität würde nicht steigen –

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

ich vermute, weil Sie sich um die Nachfolge der Gebrüder Grimm bewerben wollten. Aber Märchen erzählen konnten die besser – übrigens auch besser als dieser Kinderbuchautor, der sich Wirtschaftsminister nennt.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen keine dilettantischen Märchenerzähler in der Politik, sondern endlich wieder Vernunft, Augenmaß und gesunden Menschenverstand.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht mit Ihnen!)

Und das brauchen wir auch für den Haushaltsentwurf des Innenministers: 14 % mehr Straftaten, aber der Haushalt wächst gerade um 1 %. Das nenne ich mal eine Reaktion, eine richtige Schwerpunktsetzung, Prioritätensetzung, die da vorgenommen wird. Der Minister weist sich mit seiner Kriminalitätsstatistik selbst nach, welchen Misserfolg er mit seiner bisherigen Strategie hat, und seine Reaktion ist: Es soll so weitergehen wie bisher.

Nein, Herr Reul, so kann und darf es nicht weitergehen. Wir Bürger zahlen Steuern, und zwar nicht zu knapp, und wir erwarten daher zu Recht, dass wir geschützt werden, dass die Polizei in die Lage versetzt wird, Verbrechen zu bekämpfen, die Justiz die Kriminellen hinter Schloss und Riegel bringt und die Landesregierung wo immer möglich abschiebt.

Aber es ist unfassbar, wie die Landesregierung beim Thema „Abschiebung“ versagt. Sie versagt willentlich, wissentlich und mit Ansage. Hendrik Wüst meint, Abschiebungen hätten keine Priorität. Diese offene Arbeitsverweigerung ist dreist, aber wenigstens ehrlich. Denn es stimmt ja: Nicht einmal terroristische Gefährder werden vernünftig außer Landes geschafft, von gewöhnlichen Schwerverbrechern ganz zu schweigen.

Die CDU wird immer grüner. Aber ich sage Ihnen: Wer die Grünen in die Regierung lässt, wer mit denen paktiert, koalitiert und deren verrückte Agenda übernimmt, der schadet unserem Land, der schadet uns Bürgern.

(Beifall von der AfD)

In meinen knapp 800 schriftlichen Anfragen zur Kriminalität an Sie, Herr Reul, kommt doch nahezu jedes Mal die selbe Anatomie heraus – das müssten Sie selbst eigentlich auch bemerkt haben –: Der Täter ist Migrant ohne Anrecht auf Asyl, das Geld kommt vom Staat – also von uns –, er ist bereits polizeibekannt und vorbestraft, er läuft frei herum und begeht die nächste Tat.

Ist jeder Migrant kriminell? Nein, natürlich nicht. Viele – ja, die Mehrheit – der hier gut integrierten Menschen ausländischer Herkunft sind es nicht. Sie arbeiten, sie zahlen Steuern, sie kümmern sich um ihre Familien, und sie sind genauso genervt, besorgt und wütend über diese katastrophale Politik wie alle anderen auch. Genau deswegen wählen immer mehr von ihnen die AfD, und zwar vollkommen zu Recht.

(Beifall von der AfD)

Es ist doch nicht die Schuld der Menschen mit Migrationshintergrund, dass die deutsche und auch die nordrhein-westfälische Politik immer unfähiger wird, unsere Sicherheit zu gewährleisten. Es ist die Schuld und die Verantwortung von SPD, CDU und ihren grünen Freunden.

Aber wir werden damit Schluss machen. Nur die AfD kann damit Schluss machen. Wir sind die Partei, die auch den guten Ruf der anständigen Bürger mit Migrationshintergrund verteidigt. Denn wir sind die Partei, die die Verbrecher und Illegalen abschiebt, und zwar konsequent.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Meine Damen und Herren, Friedrich Merz hat Recht: Die AfD ist die Partei der Polizisten und Soldaten. Wir sind das, weil Polizisten und Soldaten uns beschützen. Wir sind das, weil der Schutz unseres Landes, unseres Volkes und unserer Bürger für uns an erster Stelle steht.

(Zuruf: Oh!)

Für NRW heißt das: Wir sind die einzige Partei, die eine ausreichende Personalstärke der Polizei fordert.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir sind die Einzigen, die wie die Experten des Bundes Deutscher Kriminalbeamter 60.000 Kräfte im Einsatz für unsere Sicherheit an die Verbrechensfront bringen werden. Wir sind die Einzigen, die unseren besonders betroffenen Polizisten der Bereitschaftspolizei, der Ermittlungsgruppen und den Tutoren eine vernünftige Zulage bezahlen werden. Wir sind die einzige Fraktion, die die extrem belastende Wechselschicht unserer Einsatzkräfte endlich angemessen honorieren wird.

(Zuruf von der CDU)

Unsere Anträge liegen Ihnen vor, und ich freute mich ja, wenn Sie mich gleich Lügen strafen und zustimmen würden. Aber die Sorge muss ich nicht haben. Das wäre das Richtige für NRW. Das ist das Richtige für unsere Sicherheit. Das ist das Richtige für unsere Menschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke, Herr Wagner. – Für die Landesregierung spricht der Minister Reul.

Herbert Reul, Minister des Innern: Herr Präsident! Schönen guten Abend, meine Damen und Herren! Herr Wagner, zwei Sätze vorneweg: Wenn jemand an das Pult tritt und behauptet: „Wir sind die einzige Partei, die das kann“, dann bekomme ich das Gruseln. Denn es gibt keine einzige Partei, die das kann – wir auch nicht.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Den Anspruch würde ich niemals erheben.

Zweitens würde ich einmal darüber nachdenken, ob die Methode, Feindbilder ins Schaufenster zu stellen und Versprechungen zu machen, wie die heile Welt aussieht, obwohl man genau weiß, dass man es nicht einlösen kann, richtig ist.

(Andreas Keith [AfD]: Das ist doch Ihre Sache!)

Denn es wird immer Kriminalität und Probleme geben. Mit diesen Versprechungen, die man nicht einhalten kann, organisiert man die größte Enttäuschung, vielleicht sogar Verführung von Menschen. Das ist unverantwortlich. Das muss ich einmal loswerden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Denn kein Mensch, der ein bisschen nachdenkt, bestreitet, dass wir riesige Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit haben – niemand. Das müssen wir uns auch nicht gegenseitig vorwerfen. Das ist sinnlos.

(Andreas Keith [AfD]: Doch!)

Wir wissen, dass wir eine schwierige Haushaltslage haben. Es gehört auch zur Wahrheit dazu, dass nicht wir in Nordrhein-Westfalen die gemacht haben – niemand von uns –, aber wenn man jedes Jahr 4 Milliarden Euro weniger im Töpfchen hat, dann muss man seine Politik verändern. So ist das.

Marc Lürbke, wir hatten in den letzten Jahren einen riesigen Vorteil, weil wir gute und immer stärkere Einnahmesituationen hatten. Wenn sich die Lage ändert, dann unterscheidet man zwischen demjenigen, der Versprechungen, Polemik oder Populismus macht, und demjenigen, der realistische, pragmatische und vielleicht auch die ein Stückchen ehrlichere Politik macht, weil er sagt: Jetzt haben wir jedes Jahr 4 Milliarden Euro weniger, also können wir nicht alles machen, sondern müssen nachdenken und Prioritäten setzen. Das ist viel anstrengender. Nur zu Meckern oder Forderungen aufzustellen, finde ich am Ende unverantwortlich.

Nur zur Vorsicht – ich kenne mich da aus, weil ich früher schon ein paar Jahre im Parlament war –: Das geht übrigens in der Regel auch nicht gut, weil die Bevölkerung das gar nicht will. Die will nicht die Meckerei. Fragen Sie einmal in der Bevölkerung, was sie vom Thema „innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen“ hält und ob man extrem unzufrieden ist. Den Eindruck habe ich im Moment nicht.

(Marcel Hafke [FDP]: Eingebrochen wird aber!)

Das können Sie denen einreden, aber ich glaube, dass die Leute Ihnen das nicht abnehmen werden. Das geht schief.

Sie können sich auch einmal die Fakten anschauen. Herr Wagner hat dankenswerterweise gerade noch einen Fall genannt. Vor ein paar Tagen war es in Duisburg, heute in Burscheid. Schauen Sie sich die Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen an und die Ausschreitungen, die es in Nordrhein-Westfalen nicht gibt, aber in anderen Bundesländern. So übel läuft die Nummer also nicht.

Trotzdem stimmt, dass wir noch lange nicht gut genug sind. Wir haben wahnsinnig viele Herausforderungen, aber wir müssen nun einmal mit weniger Geld und in manchen Bereichen sogar Kürzungen klarkommen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass gerade beim Katastrophenschutz starke Kürzungen dazukommen, und der Digitalfunk – 131 Millionen Euro – unterfinanziert ist.

Es bringt uns in des Teufels Küche, wenn wir nicht nur weniger Geld erhalten, sondern in Berlin auch noch bei Maßnahmen gespart wird, bei denen wir dann nicht mehr weiterkommen. Das gehört zur Wahrheit dazu. Das muss man faktisch einfach so darstellen. Das ist übrigens nicht von mir, sondern das können Sie beim BDBOS, der Organisation, die für den Digitalfunk zuständig ist, nachlesen. Das ist relativ einfach.

Jetzt kriegen wir noch ein 60-Milliarden-Euro-Problem. Ich bin gespannt, wo wir da landen und ob wir da wieder mitzahlen müssen. Wenn man verantwortliche Politik macht und von Wählerinnen und Wählern ernst genommen werden will, dann muss man beweisen, dass man in der Lage ist, damit umzugehen. Das ist eine hohe Verantwortung. Das ist wahr.

Aber schauen Sie es sich doch einmal an: Wir haben in den letzten Jahren wahnsinnig viel für die Polizei anschaffen können. Das ist jetzt ein Vorteil. Deswegen muss man jetzt nicht mehr so viel anschaffen und kann da sparen. Das ist eine Leistung, die zuvor erbracht worden ist, aber das ist doch jetzt keine Kürzung.

Zum zweiten Teil, dem Verfassungsschutz – Herr Lürbke, wir werden uns das sicher noch dezidiert anschauen –: Wenn der Verfassungsschutz in diesem Jahr gar nicht alles Geld braucht, das wir im Etat

vorgesehen haben, dann muss man das zur Kenntnis nehmen und kann sagen: Okay, dann haben wir doch Spielräume, die wir nutzen können. – Man muss es doch nicht auf dem Papier stehen lassen, nur um sagen zu können, dass die Summe genauso groß geblieben ist.

Drittens. Wenn man dann als Landesregierung entscheidet, dass wir bei Kindern und Jugendlichen besonders viel tun möchten, wenn wir schon sparen müssen, dann kann man das als falsch bezeichnen, dann muss man aber auch sagen, dass bei Kindern, in Kindergärten und bei Lehrerinnen und Lehrern weniger Geld ausgegeben wird, weil man das für die Sicherheit nutzen will. Das kann man machen.

Ich habe eingesehen, dass diese Prioritätensetzungen richtig sind, und trage die mit. Wenn Sie hier mehr fordern, müssen Sie gleichzeitig sagen: Dann wird beim Kindergarten und bei Lehrern weniger Geld gegeben. Das können Sie machen. Das ist total legitim.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Aber es ist unanständig, wenn man so tut, als könne man beides machen, obwohl man weniger Geld hat. Die Nummer geht nicht. Dafür brauchst du keine Mathematik zu studieren; das versteht jeder Bürger.

(Marcel Hafke [FDP]: Das ist jetzt Populismus, Herr Minister! – Zurufe von der CDU – Zuruf von Marcel Hafke [FDP]: Nein, nein! – Weitere Zurufe)

Wir stehen für eine gut ausgerüstete, moderne und auch gut ausgebildete Polizei und werden das auch weiterhin so machen. Das heißt, wir haben auch in diesem Jahr wieder mehr Geld. Es ist zwar weniger, als ich mir erträumt hätte – klar –, aber es ist der achte Haushalt in Folge, in dem für innere Sicherheit mehr Geld ausgegeben wird.

Das ist übrigens nicht automatisch immer so. 2013 und 2017, also in der Amtszeit eines meiner Vorgänger, ist weniger Geld drin gewesen als im Jahr davor. Das ist also kein Automatismus, sondern eine Leistung. Darauf kann man stolz sein. Trotzdem kann man sagen: Ich hätte lieber noch mehr; 72 Millionen Euro obendrauf, und wir landen bei einem Etat von 7,1 Milliarden Euro.

Schauen Sie sich mal die Polizei an. Wir alle waren uns eigentlich über Parteigrenzen hinweg einig: Das Wichtigste ist die Anzahl von qualifiziertem Personal. Da schaffen wir dieses Jahr die 3.000. Das ist eine super Nummer. Man könnte auch mal sagen: Super, großartig, tolle Leistung.

(Thorsten Klute [SPD]: Ja! – Zuruf von Marc Lürbke (FDP))

Das bedeutet nicht, dass man das an allen anderen Stellen auch machen könnte. Man kann ja nicht alles machen. Das habe ich schon ein paar Mal erklärt. Die Polizeifamilie wächst. 2024 wird eine Rekordzahl an

Polizistinnen und Polizisten ihre Ausbildung beenden. Wir werden von 40.000 auf 41.000 Menschen kommen. Das ist schon eine starke Geschichte.

Zum Stichwort „Ausstattung“: Wir werden die Polizei auch in Zukunft gut ausstatten. Aber wenn man in den vorherigen Jahren alles erneuert hat, kann man in einem Jahr vielleicht auch mal weniger stark erneuern. Da bricht gar keine Qualität weg. Insofern halte ich es für noch viel wichtiger, nachzudenken, wo und wie man am klügsten spart und mit dem Geld umgeht.

Wir werden auch in Technologien investieren. Der zentrale Zukunftsbereich ist natürlich die IT-Technologie, die digitale Polizei. Da gibt es erneut über 235 Millionen Euro. Klar, ich hätte auch gerne noch 200 Millionen Euro mehr gehabt. Klar, träum dir was. So eine Politik geht aber nicht auf. In Berlin haben sie gerade eine Träum-dir-was-Politik gemacht und haben – zack – einen vom Bundesverfassungsgericht verpasst bekommen. Träumereien alleine reichen nicht.

Man muss sich Spielräume suchen. Wo gibt es Spielräume? Wo kann man Schwerpunkte setzen? Was muss man nicht unbedingt 2024 kaufen? Kann man das auch ein Jahr später machen? Das ist das, was jetzt passiert.

Ich nehme auch das Wort „Taser“ auf. Es ist nicht zwingend notwendig, dass man die überall gleichzeitig hat. Man kann auch eine andere Strategie fahren und sagen: Da, wo besonders viele Vorfälle passieren, zum Beispiel in großstädtischen Strukturen, investieren wir besonders stark. Das Zweite machen wir, wenn wir genau wissen, in welchen Mengen wir sie brauchen, wo wir sie brauchen und wie viele wir brauchen. Wenn man das untersuchen will, wie wir das verabredet haben ...

(Marc Lürbke [FDP]: Aber das machen wir ja! – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Man kann es auch lassen; klar. Aber wir haben es eben so entschieden. Wir wollen uns die Evaluation ansehen. Das braucht Zeit.

(Marc Lürbke [FDP]: Das ist doch alles evaluiert!)

Im Jahr 2024 kann man gar keine neuen kaufen, weil wir uns selber vorgenommen haben, uns erst mal die Lage anzugucken. Man kann das anders machen. Sie hätten gekauft, und wenn man zu viel kauft, ist es auch egal.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Das kann man machen, wie man will.

(Marc Lürbke [FDP]: Nee, wir hätten alle ausgestattet!)

Bei Bauprojekten gibt es dasselbe Problem. Wir haben 2,3 Milliarden Euro ausgegeben. Mein Gott, kein

Mensch hätte geglaubt, dass wir jemals so viel Geld zusammenkriegen. Wobei: „Ausgegeben“ ist Quatsch; es sind VEs. Die sind – das ist ja der Clou – nicht ausgegeben. Wir haben 2024 also noch Geld, das wir verbauen können. Bei den Architekten und beim Bau wird ja weitergearbeitet. Es herrscht kein Stillstand. Wir haben keine neuen VEs. Das ist alles. Das kann bedeuten, dass man irgendwann später ein Problem kriegt, wenn wir 2025 nicht wieder nachlegen können.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Der Verfassungsschutz wird erneut mit rund 19 Millionen Euro ausgestattet. Davon können Sie hundertprozentig ausgehen. Da wird kein relevantes Problem liegen bleiben. Dann wird eben umgeschichtet.

Wir haben als erstes Bundesland eine Internetberatung bei „Wegweiser“, trotz Sparens. Das ist eine große Sache! Es ist doch intelligent, darüber nachzudenken, ob es nicht klüger ist, das im Internet zu machen, wo die jungen Leute sind, und möglicherweise zu sagen, dass man nicht so viele Büros von „Wegweiser“ vor Ort braucht. Das ist doch logisch, das ist doch klug. Wir kommen mit der Methode vielleicht besser dran.

Wir konnten das bisher nicht, weil wir dazu technologisch nicht in der Lage waren. Jetzt haben wir es, versuchen diesen Weg und können uns damit vielleicht noch einen Spielraum eröffnen, an den wir noch nicht gedacht haben.

Katastrophen- und Feuerschutz – es ist eben schon gesagt worden –: Das Institut der Feuerwehr bekommt mehr Personal, wird neu-, um- und ausgebaut und kriegt 15 Millionen Euro, also insgesamt 63 Millionen Euro. So viel zum Thema „Feuerwehr“ und dazu, dass wir da nichts täten. Da gibt es mehr Geld. Die Bezirksregierungen kriegen 142 Stellen mehr: Schule, Luftsicherheit, Besitzzeinsweisung, Enteignung, beschleunigter Braunkohleausstieg, Krankenhausplanung – also in mehreren Bereichen.

Wir tun sogar etwas, was in der Öffentlichkeit wahrscheinlich niemanden besonders interessiert, aber mich: 30 neue Stellen für die Landesqualifizierung für arbeitslose Menschen mit Schwerbehinderungen. Es gibt Leute, die quatschen ständig darüber, dass wir etwas für Integration und Inklusion machen sollen. Wir schaffen 30 Stellen dafür. Das ist auch nicht die Welt, aber ein Anfang.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das war die anstrengendste Aufstellung eines Haushaltsplans, die ich erlebt habe.

(Klaus Vossemer [CDU]: Ja!)

Das stimmt. Ich sage auch nicht: Der ist perfekt. Aber ich halte ihn unter den gegebenen Bedingungen – 4 Milliarden weniger in der Kasse – für ein gutes Projekt, wo man immer noch nachsteuern kann. Das ist der

Auftrag, der jetzt im Parlament anliegt. An welchen Stellen kann man noch etwas verändern und ein Stückchen besser werden? Aber billige Polemik zu äußern und zu sagen, was man sich alles erträumen würde,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

das werden die Bürger Ihnen wohl nicht abnehmen. Das hilft nicht. – Danke.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Der guten Ordnung halber sei darauf hingewiesen, dass der Minister seine Redezeit um 1 Minute 1 Sekunde überschritten hat.

(Thorsten Klute [SPD]: Gefühlt waren es 10 Minuten 10 Sekunden!)

Trotzdem sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind wir am Schluss der Aussprache. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Der Haushalts und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6803, den Einzelplan 03 unverändert anzunehmen. Wir stimmen aber erst noch über Änderungsanträge ab. Das sind einige, und wir fangen jetzt damit an.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 18/6920** ab. Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der SPD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag **angenommen**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/6921**. Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dafür? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Antrag angenommen**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/6922**. Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dafür? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Antrag angenommen**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/6923**. Antragsteller sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Antrag angenommen**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7040**. Antragsteller ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7041**. Antragsteller ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7042**. Antragsteller ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dafür? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7043**. Antragsteller ist die FDP-Fraktion. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7107**. Antragsteller ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7108**. Antragsteller ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7109**. Antragsteller ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7110**. Antragsteller ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7111**. Antragsteller ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? –

Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7112**. Antragsteller ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7113**. Antragsteller ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7114**. Antragsteller ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7115**. Antragsteller ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7116**. Antragsteller ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag abgelehnt**.

Wir stimmen ab über die **Drucksache 18/7117**. Antragsteller ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Wir kommen somit zu der Abstimmung über den Einzelplan 03 selbst in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 03 in der soeben geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir kommen zu:

Einzelplan 01 Landtag

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6801 hin.

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden die den Einzelplan 01 betreffenden Änderungsanträge Drucksachen 18/6916 und 18/6917 nicht in der heutigen zweiten Lesung zur Abstimmung stellen. Über diese Änderungsanträge soll gegebenenfalls in einem anderen Stadium der Haushaltsplanberatung abgestimmt werden. In der heutigen Sitzung des Ältestenrats ist deshalb vereinbart worden, zu diesem Einzelplan heute auch keine Aussprache zu führen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6801, den Einzelplan 01 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 01 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 01 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6813 hin.

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden den den Einzelplan 13 betreffenden Änderungsantrag Drucksache 18/6966 nicht in der heutigen zweiten Lesung zur Abstimmung stellen. Über diesen Änderungsantrag soll gegebenenfalls in einem anderen Stadium der Haushaltsberatung abgestimmt werden. In der heutigen Sitzung des Ältestenrats ist auch hier deshalb vereinbart worden, heute zu diesem Einzelplan keine Aussprache zu führen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6813, den Einzelplan 13 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 13 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 13 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen nunmehr zu: